

Netzbetreiber testet die Erdverkabelung im Höchstspannungsnetz – auf einer kleinen Teilstrecke

„Glauben Sie, dass es Spaß macht, Stromleitungen bauen zu müssen?“

Von Lothar Veit

Hannover/Landkreis. Das Erdkabel kommt – zumindest in wenigen Teilabschnitten. Die Firma Transpower, ehemals Eon Netz, wird beim geplanten Ausbau der Höchstspannungsleitungen die Erdverkabelung testen. Zunächst auf einer Strecke von 8,3 Kilometern südlich von Ganderkesee. Für die Trasse zwischen Wahle und Mecklar, die auch mehrere Gemeinden im Landkreis Hildesheim berührt, will das Unternehmen noch keine Aussage treffen. Details würden sich erst im Zuge des Raumordnungsverfahrens ergeben. Im Sommer soll es beginnen, Ergebnisse seien erst Ende des Jahres oder im kommenden Frühjahr zu erwarten.

Bei der 50 Kilometer langen Trasse von Ganderkesee nach St. Hülfe ist man schon weiter. 160 Millionen Euro kostet der Netzausbau auf dieser Strecke, wobei nach Angaben von Transpower-Geschäftsführer Martin Fuchs die acht Kilometer Erdkabel 100 Millionen Euro kosten und die 42 Kilometer lange Freileitung („Megamasten“) 60 Millionen Euro. Der Erdkabel-Anteil beträgt 15 Prozent. Auch bei den anderen Trassen werde man „grundsätzlich an dieser Politik festhalten“, sagte Fuchs am Montag bei einer Pressekonferenz in Hannover.

Darüber hinaus konzentrierte sich der Geschäftsführer vor allem darauf, die Nachteile von Erdkabeln hinzuweisen: fünf bis siebenmal höhere Kosten, höhere Störanfälligkeit und erheblich längere Reparaturdauer im Vergleich zu Freileitungen. Was einen Journalisten zu der Frage veranlasste: „Warum machen Sie das dann?“ Die Antwort von Martin Fuchs geriet unerwartet menschlich: „Glauben Sie, dass es Spaß macht, Stromleitungen bauen zu müssen?“ Wo immer Transpower mit seinen Ausbauplänen auftrete, „schlagen uns Widerstände entgegen“. Auch seine Mitarbeiter könnten sich schönere Dinge vorstellen, als sich ständig mit den Bürgerinitiativen zu reiben. Ihm sei im Interesse eines zügigen Ausbaus nicht an überlangen Rechtsstreitigkeiten gelegen, unterstrich Fuchs. Als „ultima ratio“ könne er dies aber nicht ausschließen. Vorrangig wolle man mit den Betroffenen reden.

Der Eon-Konzern, der zu Beginn der „Megamasten“-Diskussion den Zorn der Bürger zu spüren bekam, ist inzwischen gar nicht mehr beteiligt. Die EU-Kommission hatte den Energieversorger verpflichtet, sein Höchstspannungsnetz bis Ende 2009 zu verkaufen. Hintergrund war der Vorwurf der Behörde, Eon missbrauche seine marktbeherrschende



Martin Fuchs (links, Transpower) und Lex Hartman (Tennet) sind auf Gegenwind vorbereitet.

Foto: Veit

Stellung, um die Strompreise künstlich in die Höhe zu treiben. So wurde aus Eon Netz zunächst Transpower, jetzt hat die niederländische Tennet Holding das Unternehmen für 1,1 Milliarden Euro gekauft. Deren Manager Lex Hartman war am Montag ebenfalls nach Hannover gekommen und stand dem Transpower-Chef bei: „Sie glauben offenbar“, wandte er sich an die Journalisten, „dass nur 2.000 Menschen Stromleitungen mögen – und die arbeiten alle bei Transpower und Tennet“. Das sei nicht der Fall. „Wir suchen das Optimum zwischen Bürgerwillen und Versorgungssicherheit“, so Hartman. Der Netzausbau sei für Fuchs und ihn nicht weniger als „die Hauptschlagader der deutschen Wirtschaft“.

„Wir suchen das Optimum“

Tennet selbst will in mehreren Abschnitten auf insgesamt 20 Kilometern Länge Erdkabelverbindungen zwischen Amsterdam und Rotterdam testen. Da es bislang nur wenige Erfahrungen gebe, sei eine wissenschaftliche Begleitung durch die Universitäten in Hannover und im holländischen Delft vorgesehen. In mögliche Erdkabel auf der Strecke Wahle-Mecklar können diese wissenschaftlichen Erkenntnisse jedoch aus Zeitgründen kaum einfließen. „Wir können ja an mehreren Stellen testen“, so Fuchs.

Um die Kabel zu verlegen, müsse ein 30 Meter breiter und zwei Meter tiefer Graben ausgehoben werden. Im Betrieb sei der Streifen dann

noch 15 Meter breit, erläuterte Axel Schomberg, bei Transpower für den Netzausbau zuständig. „Die Trasse wird sichtbar bleiben, da kann kein Wald drauf gepflanzt werden.“ Alle 900 Meter sei ein Verbindungsbauwerk, eine so genannte Muffe, nötig. Auf der 8,3 Kilometer langen Strecke bei Ganderkesee wären das bereits knapp 100 Muffen.

Die Reparaturen bei einer Freileitung dauerten laut einer Studie im Schnitt nur etwas mehr als drei Stunden, bei einem Erdkabel benötige man dagegen 25 Tage. Das Beispiel des Transpower-Chefs war allerdings etwas unglücklich gewählt: „Wenn zum Beispiel eine Plane in die Leitung fliegt.“ Genau das kann nun bei einem unterirdischen Kabel unmöglich passieren.

Für die Gemeinden im Landkreis Hildesheim heißt es nun weiter abwarten. Die Trasse von Wahle nach Mecklar beträgt rund 200 Kilometer. Für das Raumordnungsverfahren hat Transpower alle bisher bekannten Varianten eingereicht (siehe Karte), insgesamt 650 Kilometer. Der endgültige Korridor werde sich erst in dem Verfahren herauskristalisieren. „Es kann auch eine Kombination aus den bisherigen Varianten sein“, sagte Martin Fuchs dem KEHRWIEDER. Das Raumordnungsverfahren beginnt im Sommer und dauert etwa ein halbes Jahr. Noch komplizierter ist das so genannte Planfeststellungsverfahren, bei dem dann die detaillierte Trassenführung festgelegt wird. Dies könne etwa 16 Monate dauern, „und das ist schon sportlich gerechnet“, so Leitungs-

bauchef Axel Schomberg. Die Bauphase wiederum dauere mindestens anderthalb Jahre, so dass vor 2013 nicht mit einem Ende der Arbeiten zu rechnen ist. Die Planung für die Leitungen solle laut Transpower so erfolgen, „dass möglichst große Abstände zur Wohnbebauung und eine möglichst harmonische Einfügung in das Landschaftsbild erreicht werden“. Dafür könnten etwa unterschiedliche Masttypen und -höhen zum Einsatz kommen. Außerdem sollen alte 220-Kilovolt-Leitungen auf einer Länge von 140 Kilometern zurückgebaut werden.

„Die Aussagen kennen wir“

In den Gemeinden rund um Ganderkesee, die nicht vom Erdkabel-Pilotprojekt profitieren, regte sich in dieser Woche bereits Widerstand bis hin zu Klageandrohungen. Ob Transpower also tatsächlich nur in Ausnahmefällen mit Rechtsstreitigkeiten konfrontiert wird, muss bezweifelt werden. Auch bei den Bürgerinitiativen (BI) im Landkreis Hildesheim ist in dieser Woche kein Jubel ausgebrochen. „Die Aussagen von Transpower entsprechen mal wieder dem, was wir schon seit drei Jahren gewohnt sind“, sagte Guido Franke von der BI Südkreis (Lamspringe, Landwehr, Bodenburg). Die BIs fordern seit langem den Einsatz von so genannten HGÜ-Erdkabeln. Die Technik sei bereits bei Seekabeln erprobt, sie erfordere zudem weniger umfangreiche Erdarbeiten als bei den von Transpower geplanten Wechselstromerdkabeln.

Gemeinden müssen jetzt Argumente sammeln

Unter Druck

Der Netzbetreiber Transpower beugt sich dem Druck der Bürgerinitiativen – zumindest zu 15 Prozent. Das wird nicht reichen, um den breiten Protest gegen die 380-Kilovolt-Leitung einzudämmen. Die Bürgerinitiativen im Landkreis und darüber hinaus haben mittlerweile eine solche Ausdauer bewiesen, dass Transpower und der neue Besitzer Tennet die Gemeüter wohl kaum



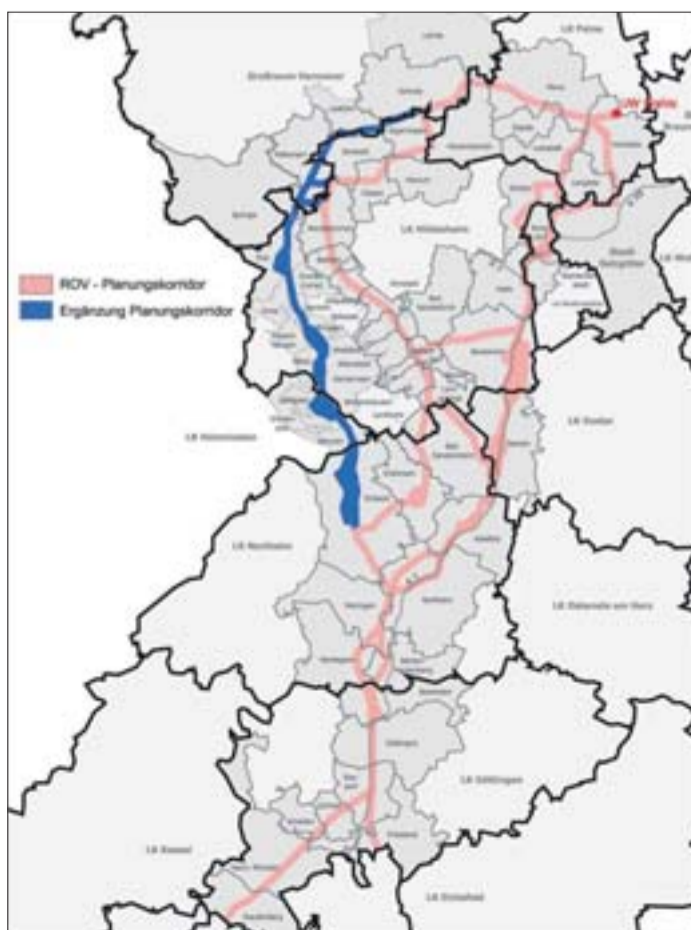
KOMMENTAR

im Übrigen auf die Kunden umgelegt werden sollen. Es steht zu befürchten, dass nun doch unter den betroffenen Kommunen das Hauen und Stechen losgehen wird. Der Wille, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, wird spätestens dann erlahmen, wenn Ende des Jahres nur noch eine Trasse übrig bleibt. Die Gemeinden werden schon jetzt Argumente sammeln müssen, zur Not auf Kosten ihrer Nachbarn.

ner Gesamtstrecke von 200 Kilometern werden 30 Kilometer Leitung (15 Prozent) unter die Erde gelegt. Kann sein, muss aber nicht. An eine unterirdische Verkabelung auf der gesamten Strecke, wie von den Bürgerinitiativen gefordert, denkt bei Transpower jedenfalls

niemand. Im Gegenteil: Schon vor dem Testbetrieb rechnet die Firma nur mit Nachteilen und happigen Mehrkosten – die im Übrigen auf die Kunden umgelegt werden sollen. Es steht zu befürchten, dass nun doch unter den betroffenen Kommunen das Hauen und Stechen losgehen wird. Der Wille, sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, wird spätestens dann erlahmen, wenn Ende des Jahres nur noch eine Trasse übrig bleibt. Die Gemeinden werden schon jetzt Argumente sammeln müssen, zur Not auf Kosten ihrer Nachbarn.

Lothar Veit



Der endgültige Trassenkorridor entscheidet sich erst Ende des Jahres.